Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4892**

16. Wahlperiode 28. 03. 2007

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Detlef Parr, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Situation der Schwimmausbildung in Deutschland

Schwimmen ist wegen der Wirkung des Wassers auf den menschlichen Organismus eine der gesündesten Sportarten. Nahezu sämtliche Muskelgruppen werden beansprucht, die Ausdauer gefördert, das Herz-Kreislauf-System trainiert und die Lungenfunktion deutlich verbessert.

Statt aber die positiven Auswirkungen des Schwimmens zu fördern und auszunutzen, verlieren das Schwimmen und der Schwimmsport zunehmend an Bedeutung. Zahlreiche Bäder werden jedes Jahr geschlossen und der Unterrichtsausfall im Schwimmsport in Schulen ist besorgniserregend. Nur zwei Drittel der Jugendlichen kann schwimmen und nur noch 17 Prozent der Jugendlichen erlernt das Schwimmen in der Schule. Hier muss insbesondere auch im Interesse der Gesundheitsvorsorge eine Kehrtwende eingeleitet werden.

Als eine Folge der steigenden Zahl der Nichtschwimmer und der ungeübten Schwimmer steigt aber auch die Anzahl der Ertrunkenen in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren an. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG), der Bundesverband Deutscher Schwimmmeister (BDS), das Deutsche Rote Kreuz e. V. (DRK), der Deutsche Schwimm-Verband e. V. (DSV) und andere Institutionen leisten vorbildliche, vor allem ehrenamtliche Arbeit, um diesem Trend entgegenzuwirken, die Schwimmausbildung zu verbessern und Unfälle zu reduzieren. Diese Organisationen müssen in ihren Bemühungen stärker unterstützt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche statistischen Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Zahl der Nichtschwimmer in den Alterklassen 0 bis 14 Jahre, 14 bis 30 Jahre, 30 bis 60 Jahre, älter als 60 Jahre jeweils nach Geschlecht?

2. Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse über die Entwicklung der Zahlen der ertrunkenen Menschen in Deutschland für die Jahre 1996 bis 2006 und wenn ja, wie gliedern sich die Ertrunkenenzahlen in den Alterklassen 0 bis 14 Jahre, 14 bis 30 Jahre, 30 bis 60 Jahre, älter als 60 Jahre jeweils nach Geschlecht auf?

3. Welche statistischen Kenntnisse besitzt die Bundesregierung für die Jahre 1996 bis 2006 über die örtlichen Umstände der tödlichen Schwimmunfälle (z. B. Binnengewässer, Küste, Schwimmbecken, Häfen, Kanäle oder sonstige Gewässer)?

4. Welche statistischen Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Entwicklung der Lebensrettungen in den Jahren 1996 bis 2006 und wie viele Wachstunden wurden im genannten Zeitraum von wie vielen Einsatzkräften jeweils geleistet?

5. Stehen nach Ansicht der Bundesregierung in Deutschland flächendeckend ausreichende Möglichkeiten an Infrastruktur und Schulungsangebot zum Erlernen des Schwimmens zur Verfügung und wenn nein, welchen Beitrag möchte die Bundesregierung leisten, um hier Abhilfe zu schaffen?

6. Besteht aus Sicht der Bundesregierung Anlass zu befürchten, dass die stetig steigende Zahl an Schließungen öffentlicher Schwimmbäder einen Engpass bezüglich des Erlernens und Trainierens des Schwimmens entstehen lassen könnte?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Attraktivität von öffentlichen Bädern in Deutschland, vor allem im Vergleich zu den zahlreichen privat betriebenen und wirtschaftlich erfolgreich arbeitenden so genannten Spaß- und Freizeit-Bädern?

8. Inwieweit verfügt die Bundesregierung über Erfahrungswerte zu so genannten Public Private Partnerships (PPP) im Bereich Schwimmbäder im Hinblick auf Anzahl und wirtschaftlichen Erfolg solcher Modelle und plant die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen solche Modelle zu fördern, und wenn nein, warum nicht?

9. Plant die Bundesregierung eine gemeinsame Kampagne mit Ländern und Gemeinden, um die Bevölkerung für die Bedeutung des Schwimmens zu sensibilisieren, und wenn nein, warum nicht?

10. Plant die Bundesregierung bei der Sportminister- und der Kultusministerkonferenz für eine Verringerung der Defizite im Schwimm-Unterricht an Schulen einzutreten, und wenn nein, warum nicht?

11. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Integration ausländischer Mitbürger, muslimischen Mädchen in Deutschland unter Beachtung ihres Glaubens und der damit verbundenen Besonderheiten das Erlernen des Schwimmens zu ermöglichen?

12. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung derzeit die Arbeit von Rettungsorganisationen im Schwimmbereich (DLRG oder ähnliche Institutionen) und wie ist die Unterstützung dieser Organisationen mittelfristig geplant?

13. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Schwimmen im Rahmen der Prävention/Gesundheitsvorsorge bei?

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Nichtberücksichtigung des Bundesverbandes Deutscher Schwimmmeister e. V. (BDS) im Leitfaden der Spitzenverbände der Krankenkassen im Rahmen der gemäß § 20 Abs. 1 und 2 SGB V geforderten Umsetzung zur Primärprävention und Gesundheitsförderung?

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Berufsausbildung zum/zur Fachangestellten für Bäderbetriebe (Ausbildungsrahmenplan siehe 740 Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1 Nr. 21, ausgegeben zu Bonn am 3. April 1997) des BDS und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Unterstützung des Schwimmunterrichts?

Berlin, den 28. März 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333